

Ein aussergewöhnlicher Frühling ist vorbei

Die GRPK (Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission) hat während des Lockdowns ihre Beratungen virtuell und ohne Einschränkungen weitergeführt. Für einige Mitglieder war die digitale Zusammenarbeit eine neue, aber meist positive Erfahrung gewesen. Aber wir sind trotzdem froh, die nonverbalen Signale unserer politisch unterschiedlich gepolten Kollegen wieder in physischen Meetings zu spüren.

Mit dem «Lock-up» steigt das persönliche Bedürfnis, dass man Schritt für Schritt zurück ins gewohnte Lebensmuster fallen darf – bis man merkt, dass man sich an eine neue Realität mit anderen Umgangsarten gewöhnen muss. Abstandhalten und öfters Händewaschen ist schon Normalität. Wie lange es dauert, bis wir uns wieder mit Küsschen und Umarmungen begrüßen wollen, wird sich zeigen.

Nebst diesen sozialen Herausforderungen spielen im ersten Halbjahr in der GRPK unterschiedlichste Geschäftsarten eine bunte Mischung an politischen Herausforderungen.



«Nach den «goldenen Jahren» prüften wir die wahrscheinlich für längere Zeit letzte Rechnung mit positivem Ergebnis.»

Nebst Volksinitiativen oder der Umwandlung der Heilpädagogischen Schule Bülach (HPS) in eine Inter-

kommunale Anstalt (IKA) behandeln wir den Gestaltungsplan Waldeggweg, prüften den künftigen Standort der Stadtpolizei und genehmigten den Wiederaufbau des zerstörten Kindergartens Looren.

Nach den vergangenen «goldenen Jahren» prüften wir auch die wahrscheinlich für längere Zeit letzte Rechnung 2019 mit positivem Ergebnis. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass Kloten, seine Einwohner und Gewerbe mehrere finanziell schlechte Jahre überstehen müssen. Dafür wünsche ich uns allen einen langen Schnauf, gegenseitige Unterstützung und viel Kraft. Ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam hinkriegen – ganz nach der Ballonaktion «Chlootener helfed Chlootener» von freiwillig@kloten.

*Pascal Walt,
Gemeinderat CVP*

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Klotener Gemeinderäte wöchentlich einen Beitrag. Alle im Parlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässige Gelegenheit.